NR. 203 15.06.2018

www.laender-analysen.de/ukraine

SITUATION DER LSBTI-COMMUNITY
VERWALTUNGSREFORM
BEWAFFNETER KONFLIKT IN DER OSTUKRAINE
OLEG SENZOW

- ANALYSE
  Zwischen rechter Aggression und politischer Untätigkeit – Situation der LSBTI-Community vor dem KyivPride 2018 2
  Von Conrad Breyer (CSD München / Munich Kyiv Queer)
- TABELLE ZUM TEXT
  Rechtsverletzungen gegenüber LSBT 6
- UMFRAGE
  Haltung der ukrainischen Bevölkerung zu sexuellen und Gender-Minderheiten 7
- KOMMENTAR
  Verwaltungsreform – jetzt aber wirklich! 11
  Von Frank Paul (Unterstützungsgruppe Ukraine der Europäischen Kommission, Brüssel)
- DOKUMENTATION
  Auszüge aus dem Gesetz der Ukraine zur öffentlichen Verwaltung (verabschiedet 2016) 13
- DOKUMENTATION
  Neue Hoffnung für Friedensprozess in der Ostukraine? 16
  UN-Sicherheitsrat fordert Abzug schwerer Waffen aus der Ostukraine 17
- DOKUMENTATION
  Oleg Senzow seit dem 14. Mai im Hungerstreik 18
  Amnesty International: Public Statement 18
- DOKUMENTATION
  Unabhängiger Mechanismus zur Verhinderung von Folter in Gefahr 20
- DOKUMENTATION
  Inszenierter Mord an Arkadi Babtschenko 21
- CHRONIK
  21. Mai – 10. Juni 2018 22

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

ANALYSE

Zwischen rechter Aggression und politischer Untätigkeit – Situation der LSBTI-Community vor dem KyivPride 2018

Von Conrad Breyer (CSD München / Munich Kyiv Queer)

Zusammenfassung

Die LSBTI-Community in der Ukraine ist sichtbarer denn je – eigentlich eine Erfolgsgeschichte. Hass und Gewalt aber setzen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LSBTI) zu. Die politische Klasse verharrt ein Jahr vor den Wahlen in Untätigkeit. Die Regierung schützt öffentlichkeitswirksam Veranstaltungen der Community wie den KyivPride, der in diesem Jahr am 17. Juni stattfindet (siehe <http://kyivpride.org/en/>), tut aber ansonsten wenig für die Bürger- und Menschenrechte der Betroffenen. Und das obwohl Rechtsradikale mehr denn je gegen sexuelle Minderheiten mobilmachen.

Einleitung

Exakt 56 Seiten umfasst der Bericht, den die Kiewer Menschenrechtsorganisation Nash Mir im Februar dieses Jahres veröffentlicht hat. In allen Details führt er auf, wie es um die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen in der Ukraine steht: Wie sich Justiz, Politik, Medien, Kirchen und Gesellschaft dazu positionieren, wo es zu Diskriminierung und Gewalt gekommen ist, und natürlich spielt auch das Leben der sexuellen Minderheiten in den besetzten Gebieten eine Rolle. Das Ergebnis ist schnell zusammengefasst: Der Reformkurs der Ukraine ist in diesem Bereich ins Stocken geraten und gewaltbereite ultrarechte Splittergruppen bestimmen die Agenda.

Angriffe von der Straße

Tatsächlich attackieren Organisationen wie Nationaler Korpus, Rechter Sektor, Tradition und Ordnung, Trysub (Dreizack), Karpatska Sitsch, Sokil (Falke), Bratstwo (Bruderschaft) und wie sie alle heißen immer häufiger öffentliche Veranstaltungen und Einrichtungen der LSBTI-Community. Die Präsenz lokaler und nationaler Medien macht solche Aktionen für die Angreifer*innen attraktiv, lassen sich die eigenen Botschaften vom gesunden Volk, der traditionellen ukrainischen Familie und dem Schutz vor westlicher Dekadenz doch so noch besser unters Volk bringen. Rechte Parteien mögen im Parlament der Ukraine, der Werchowna Rada, keine Rolle spielen, sie haben auch keinen großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft; auf der Straße sind sie indes sehr präsent. Und Homo- und Transphobie haben sie neuerdings zu ihrem Lieblingsthema erkoren.

Um den 17. Mai herum hat es gerade erst einige Vorfälle gegeben, die sich gegen Veranstaltungen zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie (IDAHoBIT) richteten. In der ganzen Ukraine finden dazu seit Jahren traditionell kleinere Events wie Flashmobs, Demonstrationen, Kundgebungen und Diskussionen statt. In Saporischschja wurde bei einer Zusammenkunft der örtlichen LSBTI-Organisation »Gender Z« ein Feuerwerkskörper in die Menge der Protestierenden geschleudert; verletzt wurde ein Polizist. Die Behörden ermitteln. In Tscherniwzi haben Rechtsradikale und Gläubige das Equality-Festival blockiert, zu dem die LSBTI-Organisation Insight aus Kiew regelmäßig an einen anderen Ort der Ukraine lädt. Aus Sicherheitsgründen wurde das Festival abgesagt, die Polizei evakuierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Anfang des Jahres schon hat in Krywyj Rih eine Gruppe von Rechten das Queer Home überfallen, eines von mehreren Kommunikations- und Kulturzentren für die Community, die bis vor Kurzem (inzwischen ist die Förderung dafür ausgelaufen) von der LSBTI-Organisation Gay Alliance Ukraine noch überall im Land betrieben wurden. Der Leiter der Organisation wurde schwer verprügelt. Seinen Namen will er lieber nicht öffentlich genannt wissen. »Sieg Heil haben sie geschrien und Tod den Päderasten«, erzählt er. Die Polizei hat die Täter nicht gefasst.

Beten für die gottgewollte Ordnung

Unterstützung erfahren die Rechten oft von religiösen Fundamentalist*innen wie etwa von der Organisation »Liebe gegen Homosexualismus«. »Homosexualismus« – als ob die sexuelle Orientierung etwas wäre, das man sich aussuchen kann. Die Fundamentalist*innen schreiben ausdauernd homophobe Petitionen. Inhaltlich dürften sie auf einer Linie mit den Kirchen des Landes liegen, die aber – mit Ausnahme der ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats – inzwischen lieber schweigen, wenn es um LSBTI-Themen geht. Die meisten Eingaben richten sich gegen die Förderung »nichttraditioneller Familien«, also gegen so genannte Gay-Propaganda, vermeintlich um Minderjährige zu schützen, und erinnern insofern an die Gesetzeslage in Russland. In Russland gibt es seit 2013 ein Gesetz, das die »Propaganda von nichttraditionellen sexuellen Beziehungen« verbietet, was zu einer Hatz gegen Homosexuelle

geführt hat und bis heute zahlreiche Menschenrechtsverletzungen nach sich zieht.

Die Petitionen sind an den Präsidenten Petro Poroschenko, das Parlament und an das Ministerkabinett gerichtet. Lediglich eine Petition wurde als gesetzwidrig abgewiesen, da sie, so das Büro der Ombudsfrau für Menschenrechte des ukrainischen Parlaments Ljudmila Denissowa – die im Allgemeinen in Sachen LSBTI- und Menschenrechte nicht sehr engagiert ist –, der ukrainischen Verfassung widerspreche. Über andere Petitionen aber haben die Ausschüsse der Werchowna Rada bereits diskutiert – mit unterschiedlichen Ergebnissen. Manche Abgeordnete lehnen die Petitionen als nicht gesetzmäßig ab, andere stimmen ihnen im Prinzip zu. Konkrete Schritte sind nicht zu erwarten.

Auch Menschen wie der bekannte Journalist und Aktivist Ruslan Kuchartschuk, der mit seiner Kampagne »Wsi rasom!« (»Alle zusammen!«) seit einiger Zeit in Stadträten kleiner Gemeinden Stimmung gegen LSBTI macht, befördern homophobes Denken. Und Städte wie Poltawa, Ternopil und Iwano-Frankiwsk senden dann Beschwerden an die politische Führung in der Hauptstadt, mit der Aufforderung, »Gay-Propaganda« zu unterbinden und die Diskriminierung sexueller Minderheiten im Gesetz festzuschreiben.

Gewalt gegen Minderheiten

Die derart geschürte Homo- und Transphobie führt immer wieder zu Diskriminierungen und Gewalt. Die Menschenrechtsorganisation Nash Mir dokumentiert in ihrem jüngsten Bericht für das Jahr 2017 exakt 206 Fälle. Verbale und körperliche Übergriffe erleben Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle vermutlich fast täglich, wenn man davon ausgeht, dass nicht alle das Erlebte auch tatsächlich melden. Dabei spielen die Angst, sich vor der Polizei zu outen, und die Scham, Opfer zu sein, eine große Rolle. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle werden, so der Bericht von Nash Mir, verhöhnt und öffentlich diskreditiert – in der Schule, am Arbeitsplatz, beim Einkaufen. Besonders perfide gehen dabei Gruppen wie »Modnyi Prygowor« vor, die schwule Männer über Datingportale gezielt zu einem ihrer Mitglieder nach Hause locken, sie dort dann zum Outing zwingen, manchmal schlagen und vergewaltigen, das Ganze filmen und ins Netz stellen.

Die Polizei in der Ukraine erfasst zwar offiziell Hasskriminalität aufgrund von Homo- und Transphobie, aber nur selten und meist widerwillig, sodass die Verfolgung solcher Taten schwierig ist. Vor dem Gesetz gelten so genannte *hate crimes* weiterhin nicht als »besonders schwerwiegend«, was bei einer Verurteilung zu härteren Strafen führen könnte. In vielen Fällen diskriminiert die Polizei die Opfer selbst oder lässt kein großes Interesse an Fahndungserfolgen erkennen – auch wenn sich die Situation durch die staatlich verordnete Schulung vieler Polizeikräfte in Menschenrechtsfragen in diesem Bereich schon in Teilen verbessert hat. In den vergangenen Jahren haben immer wieder Runde Tische stattgefunden, an denen neben Menschenrechtler*innen und LSBTI-Organisationen Mitarbeitende des Innenministeriums und der Polizei teilgenommen haben. Das Ziel: Bekämpfung von Hasskriminalität, Sicherheit bei öffentlichen LSBTI-Veranstaltungen und ein respektvoller Umgang mit sexuellen Minderheiten.

In den Augen der ukrainischen Zivilgesellschaft stellt sich die Politik – von Ausnahmen vor allem auf lokaler Ebene abgesehen – nicht entschieden genug gegen die Umtriebe der Rechten im Land. Die Regierung, sagen insbesondere LSBTI-Aktivist*innen, halte sich nicht einmal an die eigenen Vorhaben. Dazu später mehr.

Sanfte Öffnung

Die Lage ist für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle in der Ukraine umso unbefriedigender, als sich die Situation auf rechtlicher Ebene in den vergangenen Jahren eigentlich verbessert hat. Auch die Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung hat zugenommen.

So nähert sich das Niveau der Homo- und Transphobie in der Ukraine einer Studie der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) von 2017 zufolge (»Minorities Report«) durchaus dem der EU-Länder an. Die Kluft zu anderen postsowjetischen Ländern wie Russland und Aserbaidschan dagegen wächst. Die zunehmende Sichtbarkeit der Community in der Öffentlichkeit hat geholfen, Vorurteile abzubauen. »Tatsächlich erregen LSBTI-Themen keine besonders starken Gefühle mehr in der breiten ukrainischen Bevölkerung«, sagt Andrij Krawtschuk von Nash Mir. Die Menschen ließen durchaus mit sich reden, wenn es um sexuelle Minderheiten gehe. Das Land öffne sich.

Dafür dürfte – neben den Aufklärungskampagnen jüngerer Zeit – insbesondere die Pride-Bewegung verantwortlich sein. Zuletzt hatte die Menschenrechtsorganisation Nash Mir zum Eurovision Song Contest im Mai 2017 in den Straßen Kiews auf Plakatwänden für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften geworben; in den Jahre zuvor liefen immer wieder Toleranzkampagnen der Gay Alliance Ukraine und der LSBTI-Organisation Totschka Opori.

Seit 2012 haben einzelne Aktivist*innen aus Kiew, dann die Gay Alliance Ukraine und schließlich die Organisation KyivPride gemeinsam mit Amnesty International jedes Jahr versucht, einen Gay-Pride durchzu-

führen, in Deutschland bekannt als Christopher Street Day (CSD). Auf dem CSD demonstrieren Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle – in Erinnerung an den Stonewall-Aufstand 1969 in New York – jedes Jahr für gleiche Rechte. Es handelt sich um eine Mischung aus Party und Politik. In der Ukraine freilich stehen politische Motive im Vordergrund.

Erfolgreiche Pride-Bewegung

2013 konnte noch unter Präsident Wiktor Janukowytsch zum ersten Mal ein Gay-Pride in Kiew stattfinden. 150 Leute demonstrierten außerhalb der Stadt, geschützt von der Polizei auch dank starker Beteiligung ausländischer Politiker*innen. 2017 waren es schon 3.500 Menschen, die mitten im Zentrum (!) vor der Taras-Schewtschenko-Universität für Menschenrechte marschierten, und beileibe nicht nur Vertreter*innen der LSBTI-Community. Die Gäste aus dem Ausland machten nur noch einen Bruchteil der Teilnehmer*innen aus. Dieses Jahr erwarten die Veranstaltenden zum KyivPride am 17. Juni 2018 über 5.000 Menschen. Jedes Mal schützen Tausende Beamt*innen das Großereignis. Die Kiewer Polizei und die Stadtverwaltung haben ihre Unterstützung bereits zugesagt, denn selbstverständlich haben radikale Gruppen ihr Kommen angekündigt: Sie protestieren, drohen mit Blockaden und Gewalt. Jedes Jahr gibt es nach dem Pride Verletzte, wenn die Rechten durch die Stadt ziehen.

Der KyivPride ist durchaus umstritten: Eine Mehrheit der Kiewer (57 Prozent) lehnt ihn laut einer Befragung des Marktforschungsinstituts Active Group vom April 2017 ab; 38 Prozent der Kiewer sind dafür. Vor ein paar Jahren allerdings wäre die Zahl der Befürworter*innen aber sicher noch deutlich niedriger ausgefallen.

Neben dem KyivPride haben andere LSBTI-Organisationen angefangen, Events anzubieten: LIGA aus Mykolajiw etwa die Veranstaltungsreihe »Days of Equality and Pride« in Mykolajiw, Odessa und Cherson, die LSBTI-Organisation Insight das bereits genannte Equality-Festival. Die Gay Alliance Ukraine organisiert in Odessa einen Pride und will damit noch in diesem Jahr auch nach Krywyj Rih expandieren. Viele Menschen unterstützen die Öffnung ihres Landes gegenüber sexuellen Minderheiten – allen voran Mütter von Lesben, Schwulen und Transgendern sowie Freund*innen der Demonstrierenden, aber auch einflussreiche Musiker*innen wie Iryna Bilyk und Jamala (Gewinnerin des Eurovision Song Contest 2016), Kunstschaffende, Blogger*innen und Abgeordnete. Auch Unternehmen wie das Frauenmodelabel »Who is it?« unterstützen die Community. Generell wirkt die LSBTI-Community der Ukraine inzwischen gut vernetzt in vielen Bereichen der Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Menschenrechtspolitik: außen hui, innen pfui

Die Politik hat ein Interesse daran, diese Großveranstaltungen zu schützen, weil das Ausland zuschaut. Die Ukraine kann es sich nicht leisten, die EU als Partnerin zu verprellen, zu viel hängt wirtschaftlich und politisch davon ab. Und letztlich ist der offiziell LSBTI-freundliche Kurs der Regierung auch eine Möglichkeit, sich von Russland abzugrenzen. Im umkämpften Donbass ist das Thema überhaupt nicht geregelt, auf der Krim gelten die russischen Gesetze gegen »Gay-Propaganda«. Im Grunde aber ist den meisten Politiker*innen das Thema vermutlich herzlich egal.

Vielleicht deshalb zeigen sich Regierung und Parlament wenig motiviert, ihren eigenen Aktionsplan für Menschenrechte umzusetzen, den sie am 23. November 2015 selbst auf den Weg gebracht haben. Er sah bis 2020 umfassende Gesetzesvorhaben vor, und zwar unter anderem

- den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung / Gender-Identität,
- eine eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare,
- neue medizinische Standards für Transgender,
- das Festschreiben (im Strafgesetzbuch) von Hassmotiven als erschwerenden Umständen und
- eine Abschaffung des Adoptionsverbots für Transgender und HIV-Positive.

Die Deadlines für die Gesetzesvorhaben sind inzwischen verstrichen. Einen Grund für die Passivität, ja für die Behinderung des Aktionsplans, sehen ausländische Diplomat*innen und LSBTI-Aktivist*innen in den anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2019. Es heiße abwarten und die Wähler nicht verschrecken. Mit Minderheitenpolitik ließen sich keine Wahlen gewinnen.

Die meisten LSBTI-Aktivist*innen gehen deshalb davon aus, dass bis Herbst 2019, wenn die neue Rada gewählt wird, keiner der genannten Punkte verwirklicht ist. Und ob eine neue Regierung die Themen anpackt, ist angesichts des wachsenden Populismus in der Ukraine fraglich. Viele gehen davon aus, dass die nächste Regierung weniger europafreundlich sein wird. Einige haben allerdings die Hoffnung, dass das Innenministerium noch in diesem Jahr den Umgang mit Hasskriminalität im Strafgesetzbuch neu regelt und dem Parlament den dafür erforderlichen Gesetzentwurf vorlegt. Eine Verabschiedung sei mehr oder weniger realistisch, glaubt zum Beispiel Nash Mir. Und immerhin will das für den Aktionsplan verantwortliche Justizministerium keines der genannten Ziele in Bezug auf LSBTI aus dem Papier streichen. Das haben die Verantwortlichen gegenüber Vertreter*innen der Zivilgesellschaft bei einem Treffen

im Justizministerium im Januar 2018 bekräftigt. Nur werde es nun eben länger dauern, bis die Ziele realisiert würden.

Große Bedenken haben Menschenrechtsorganisationen in Bezug auf das geplante neue Arbeitsgesetz. Das alte wurde 2015 nach langer Debatte durch einen Passus ergänzt, der Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der sexuellen Orientierung und Gender-Identität verbietet. Manche erinnern sich vielleicht: Die Abstimmung trug Züge eines Kulturkampfes. Immer wieder musste der damalige Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman, heute Ministerpräsident, die Abgeordneten zur Disziplin aufrufen, bis schließlich – nach vier Runden und mehreren Tagen – eine knappe Mehrheit in der Werchowna Rada für die Vorlage der Regierung stimmte (siehe dazu auch die Ukraine-Analysen Nr. 166 vom 13.04.2016, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen166.pdf>). So fügten die Parlamentarier am 12. November 2015 dem Arbeitsgesetz (no. 3442) den erwähnten Abschnitt hinzu. Die EU hatte das zur Bedingung für die Abschaffung der Visumpflicht gemacht.

Allerdings war damals schon klar, dass bald ein neues Arbeitsgesetz das alte ablösen würde. Es gibt zahlreiche Stimmen, die fordern, den Diskriminierungsschutz für sexuelle Minderheiten wieder abzuschaffen. Das ist offenbar vom Tisch. Der zuständige Ausschuss hat die Regelung beibehalten, unter starkem Druck der Präsidialverwaltung.

Gleichzeitig wollen einige wenige Parlamentarier aber dafür sorgen, dass im Allgemeinen Antidiskriminierungsgesetz – nach dem Vorbild einiger US-Bundesstaaten – Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugung möglich sein soll. Konkret hieße das: Ein christlicher Juwelier könnte sich weigern, zwei Frauen zu bedienen, die sich einen »Freundschaftsring« zulegen wollen. Oder: Der Vermieter kündigt einem schwulen Paar, wenn er herausfindet, wer da unter seinem Dach wohnt. Inwieweit das Arbeitsrecht davon tangiert würde, ist unklar. Der Entwurf ist sehr vage gehalten. Bis zu den Wahlen wird die Sache sicher nicht entschieden.

Die Rechten rotten sich zusammen

Die große Politik wartet also ab, während rechte (und meines Erachtens auch religiöse) Aktivist*innen aktiv werden; für sexuelle Minderheiten stellen sie eine reale Gefahr dar. Die Rechten sind deutlich besser organisiert als früher, schaffen es, ihre – meist jungen – Anhänger*innen schnell zu mobilisieren und greifen an, wenn es geht. Kein öffentliches LSBTI-Event ist vor ihnen sicher, wenn sie davon erfahren. Wenig überraschend, dass die Rechten auch keine Fans feministischer Veranstaltungen und generell von Veranstaltungen zu Themen wie Gendergerechtigkeit und Gleichberechtigung sind. Die Überfälle haben in erschreckendem Maße zugenommen. Sie betreffen selbst Veranstaltungen, an denen die Polizei beteiligt ist. Im Januar 2018 haben Rechte in Uschhorod und Winnyzja zwei Runde Tische zwischen der Polizei und örtlichen LSBTI-Gruppen gestört. Immerhin: Sechs weitere Runde Tische im Rest des Landes verliefen erfolgreich.

Wirklich ernst nimmt die Öffentlichkeit das Thema nicht, insbesondere große Teile der Politik scheinen darin kein großes Problem zu erkennen. Sind die Rechten Gegner? Alliierte? Versuchen sie, vor den Wahlen die Ukraine zu destabilisieren? Einige europäische Diplomat*innen vermuten, Russland trage möglicherweise eine Mitverantwortung für die Umtriebe – durch Anheuern eigene Leute. Offen zitieren lassen wollen sie sich damit aber nicht. Menschenrechtsaktivist*innen jedenfalls wünschen sich eine deutlichere Distanzierung der ukrainischen Politiker*innen von den rechten Umtrieben. Innenminister Arsen Awakow immerhin hat in der Vergangenheit vereinzelt Aktionen rechter Gruppen verurteilt.

Ausblick

Langfristig, so glauben die meisten LSBTI-Aktivist*innen, werde die Öffnung der Ukraine nach Westen die Situation der LSBTI-Community und die Gesellschaft insgesamt zum Positiven verändern – Neonazis hin oder her. Die russische Regierung stehe mit ihrer homophoben Agenda für ein überkommenes Modell, dem die Ukraine nicht nacheifern könne, selbst wenn sich der Westen und Russland wieder annähern würden. Die LSBTI-Community hat mit ihrem Kampf für Menschenrechte einen entscheidenden Beitrag zur positiven Veränderung der ukrainischen Gesellschaft geleistet.

Über den Autor:
Conrad Breyer koordiniert von München aus für die CSD München GmbH die Partnerschaft zwischen dem Kyiv-Pride und dem CSD München. Er ist außerdem Mitglied der Kontaktgruppe Munich Kyiv Queer, die die Zusammenarbeit zwischen den LSBTI-Communitys in Kiew und München gestaltet, und Pressereferent des Münchner Schwulenzentrums Sub. Hauptberuflich arbeitet Conrad Breyer als Redakteur und freier Journalist.

Lesetipps:

- LGBT Human Rights Nash Mir Center: On the Rise. LGBT situation in Ukraine in 2017. Kyiv 2018, <http://gay.org.ua/en/blog/category/situation-of-lgbt-in-ukraine/>
- Eva Steinlein: »Bist du etwa einer von denen?«, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. August 2017, <http://www.sueddeutsche.de/leben/lgbt-in-der-ukraine-bist-du-etwa-einer-von-denen-1.3603673>
- Eva Steinlein: »Wir können selbst etwas verändern«, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. August 2017, <http://www.sueddeutsche.de/leben/protestkultur-in-der-ukraine-julia-kaempft-1.3619014>
- Alice Bota: Die Ukraine verhandelt ihre Identität, in: ZEIT ONLINE, 17.06.2016, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/lgbt-ukraine-identitaet>

TABELLE ZUM TEXT

Rechtsverletzungen gegenüber LSBT

Tabelle 1: Formen der Rechtsverletzungen gegenüber LSBT in der Ukraine im Jahr 2017 (erfasst von der NGO Nash Mir)

Tatbestand	Anzahl
Beschimpfung, Bedrohung, Demütigung	134
Körperliche Gewalt	92
Homo-, Transphobie in der Familie	27
Illegales Sammeln und Veröffentlichen vertraulicher Informationen	25
Erpressung	22
Raub	15
Schwerer Raub	7
Beschädigung von Eigentum	7
Homophobe Äußerungen	6
Störung von friedlichen Veranstaltungen	6
Drohen mit Waffen und Waffeneinsatz	3
Betrug	2
Angriffe auf LSBT-Zentren oder -Events	2
Sexuelle Gewalt	1
Beleidigung	1
Versuchter Raub	1
Versuch, Elternrechte zu verweigern	1
Entführung	1
Folter	1

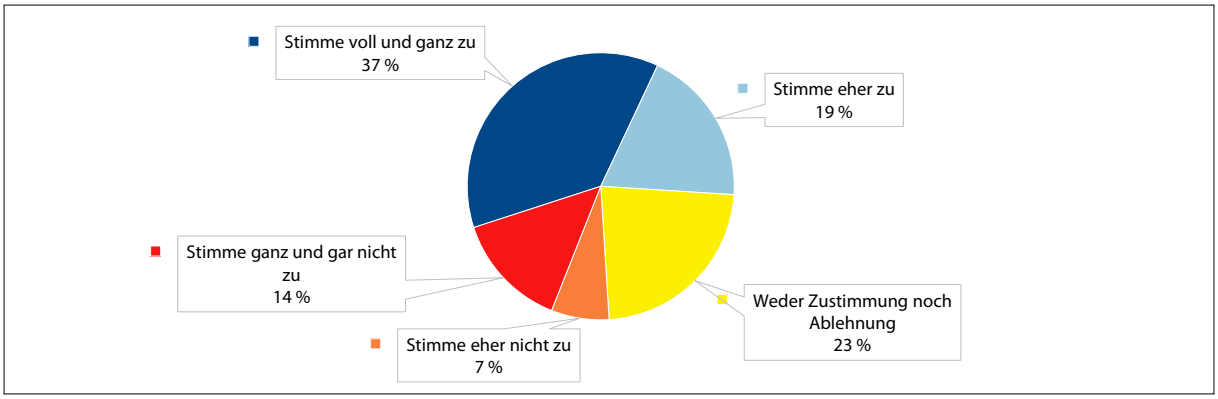
Anmerkung: Die Anzahl der hier genannten Rechtsverletzungen übersteigt die im Text genannten Fälle von Diskriminierung/Gewalt, da in manchen dieser Fälle mehrere Rechtsverletzungen auftraten.

Quelle: LGBT Human Rights Nash Mir Center, <http://gay.org.ua/en/blog/category/situation-of-lgbt-in-ukraine/>

UMFRAGE

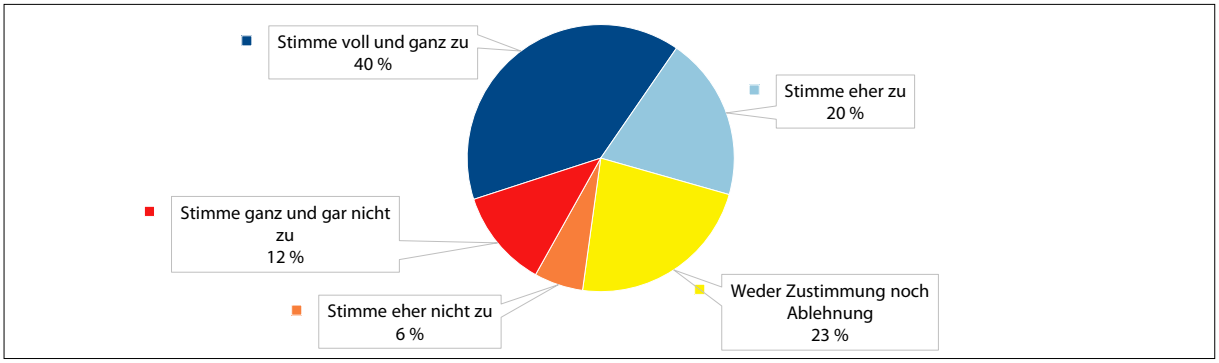
Haltung der ukrainischen Bevölkerung zu sexuellen und Gender-Minderheiten

Grafik 1: Gleiche Rechte und Rechtsschutz sollten für alle gelten, auch für diejenigen, die sich von Menschen desselben Geschlechts angezogen fühlen.



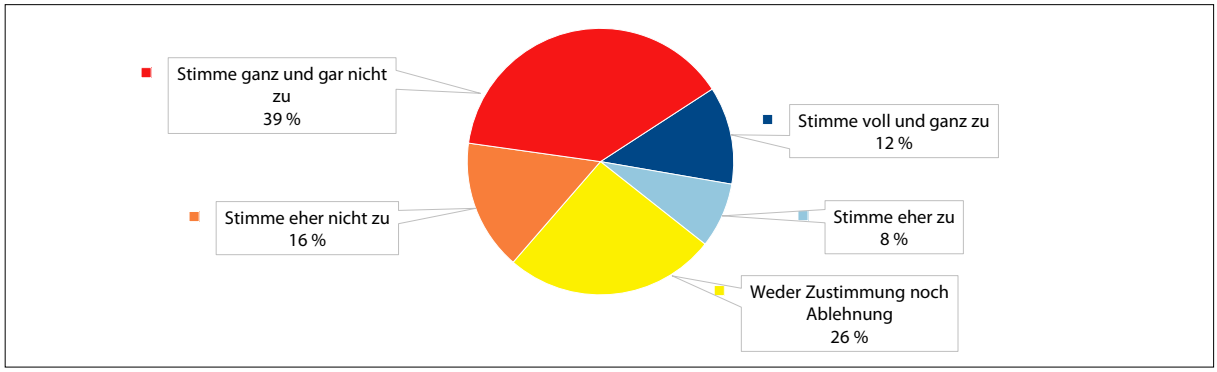
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 2: Gleiche Rechte und Rechtsschutz sollten für alle gelten, auch für diejenigen, die sich mit einem anderen Geschlecht identifizieren (bzw. sich so kleiden oder handeln) als mit dem, mit dem sie geboren wurden.



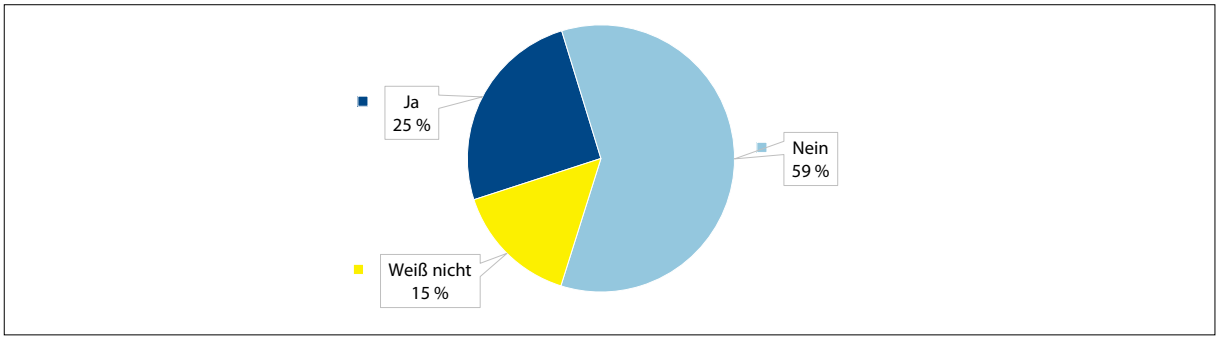
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 3: Menschen, die romantische oder sexuelle Beziehungen zu Menschen desselben Geschlechts haben, sollten als Kriminelle verfolgt werden.



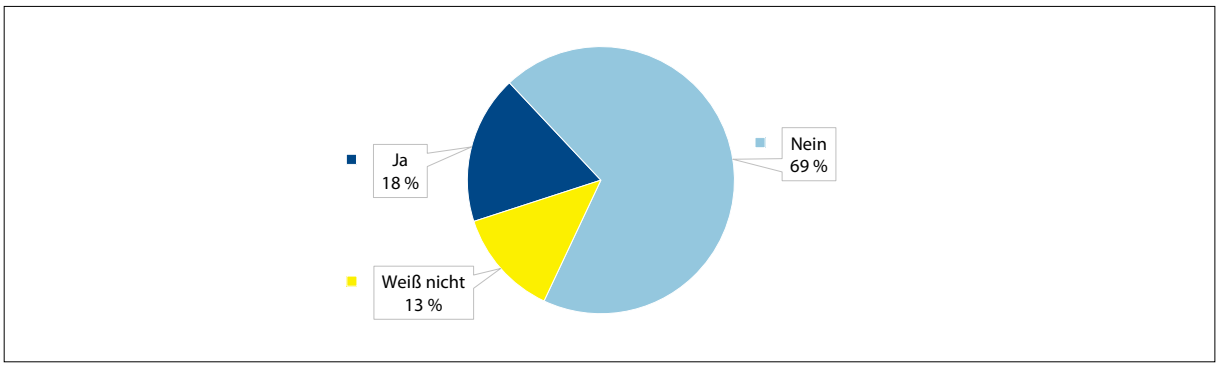
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 4: Kennen Sie jemanden persönlich, der sich von Menschen desselben Geschlechts angezogen fühlt?



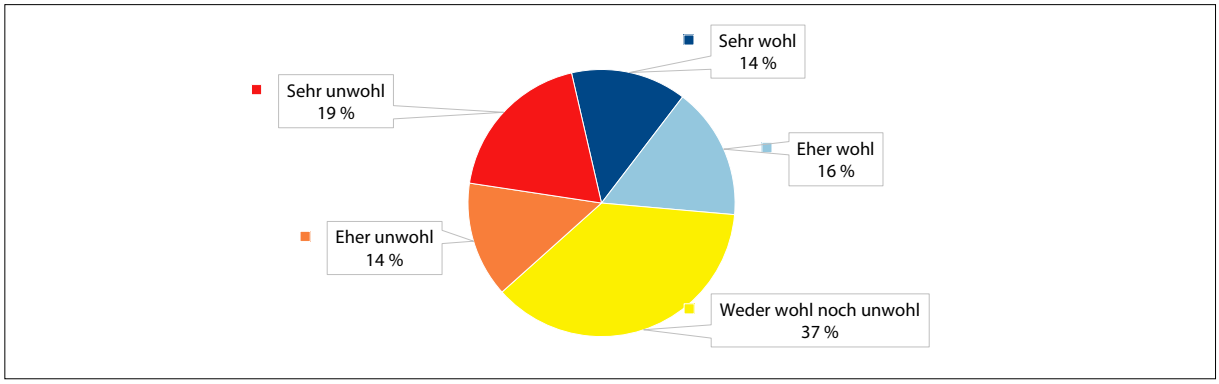
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 5: Kennen Sie jemanden persönlich, der sich mit einem anderen Geschlecht identifiziert (bzw. sich so kleidet oder handelt) als mit dem, mit dem er geboren wurde?



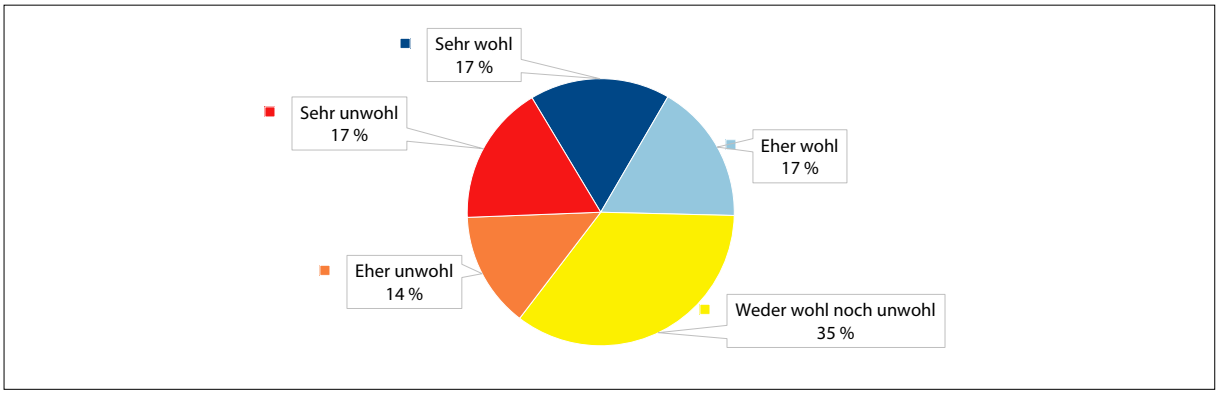
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 6: Wie wohl fühlen Sie sich im Kontakt mit Menschen, die offen dazu stehen, dass sie sich von Menschen desselben Geschlechts angezogen fühlen?



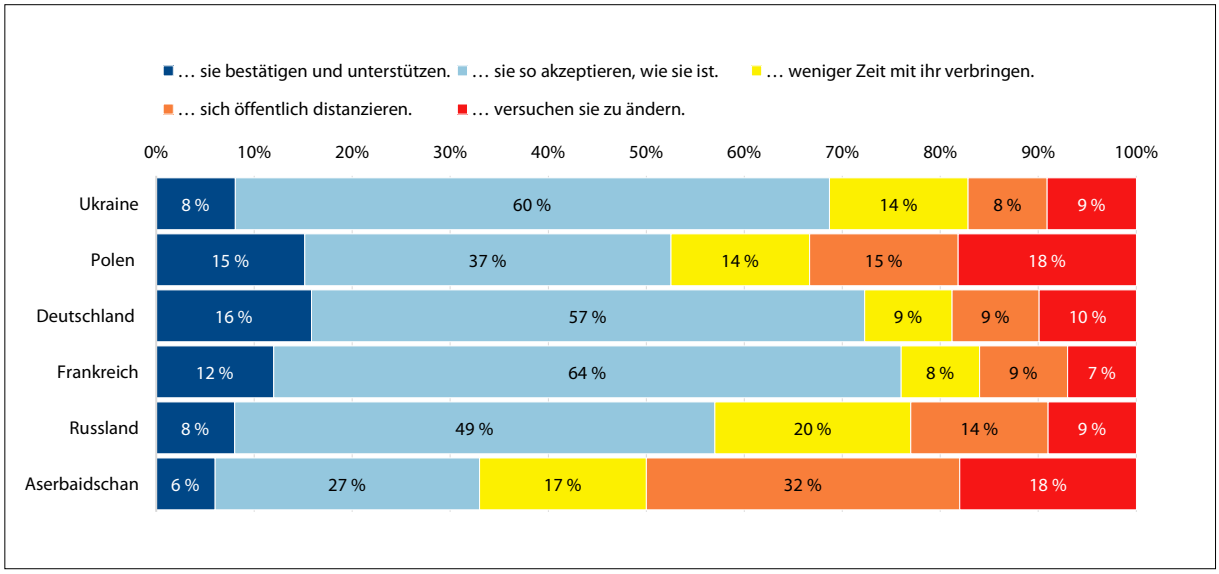
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 7: Wie wohl fühlen Sie sich im Kontakt mit Menschen, die sich offen mit einem anderen Geschlecht identifizieren (bzw. sich so kleiden oder verhalten) als mit dem, mit dem sie geboren wurden?



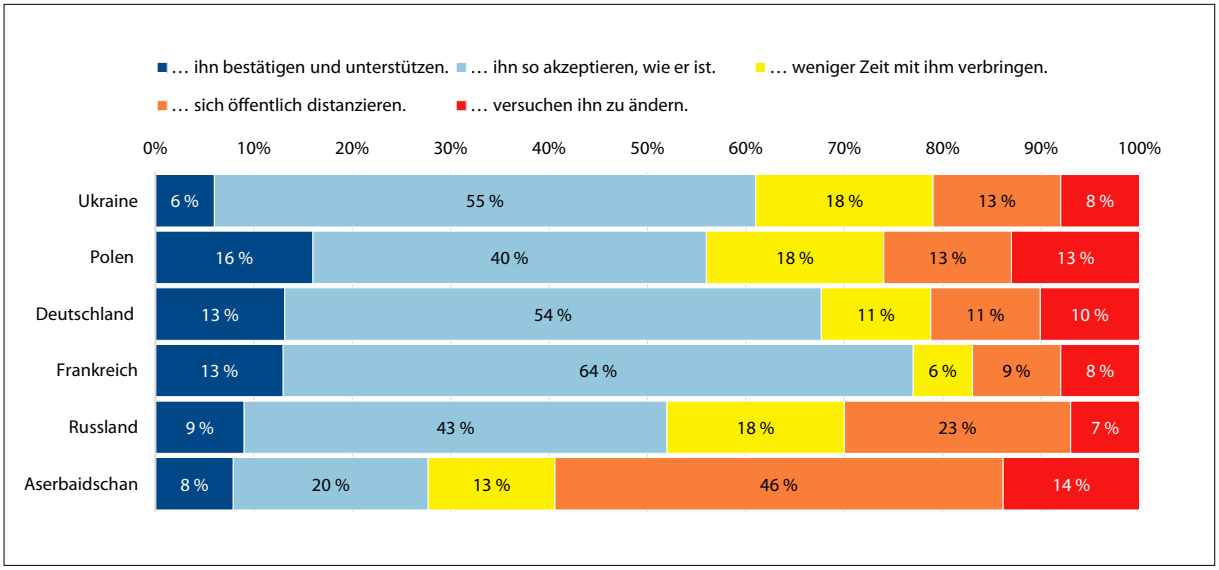
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 8: Wenn Sie eine Nachbarin hätten, von der Sie wüssten, dass sie romantische und sexuelle Beziehungen zu anderen Frauen hat, würden Sie … (Länder im Vergleich)



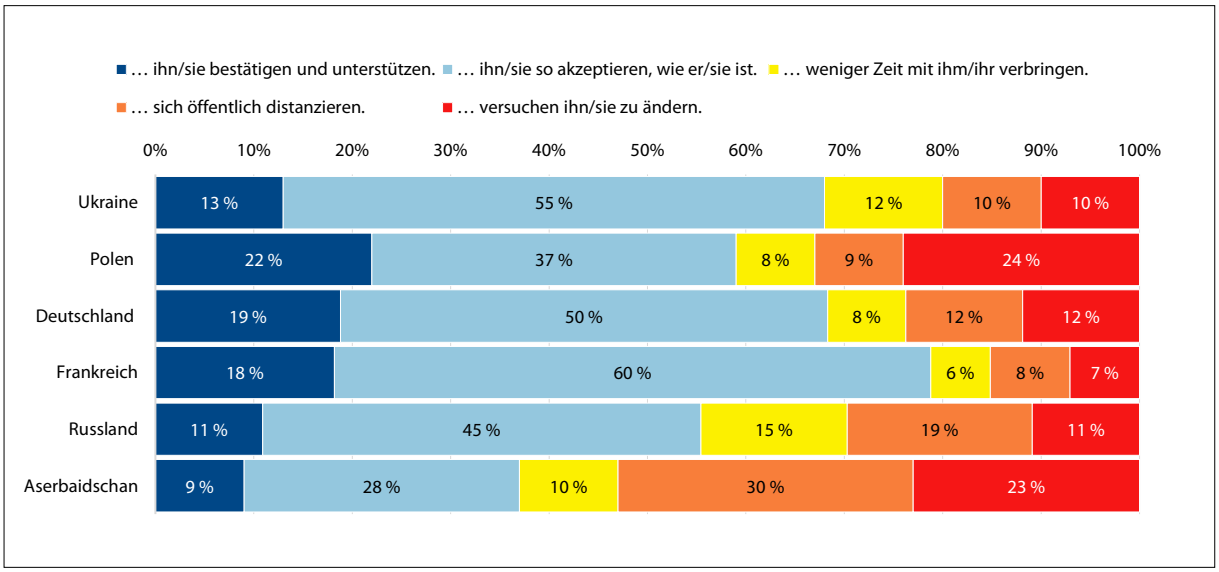
Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 9: Wenn Sie einen Nachbarn hätten, von dem Sie wüssten, dass er romantische und sexuelle Beziehungen zu anderen Männern hat, würden Sie … (Länder im Vergleich)



Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

Grafik 10: Wenn Sie glauben würden, dass Ihr Nachbar oder Ihre Nachbarin einem Geschlecht angehört, er oder sie sich aber mit einem anderen Geschlecht identifiziert, dann würden Sie … (Länder im Vergleich)



Quelle: The ILGA-RIWI Global Attitudes Survey on Sexual, Gender and Sex Minorities 2017; <https://ilga.org/ilga-riwi-global-attitudes-survey>

KOMMENTAR

Verwaltungsreform – jetzt aber wirklich!

Von Frank Paul (Unterstützungsgruppe Ukraine der Europäischen Kommission, Brüssel)[1]

Einleitung

Wenige Themen lösen selbst bei interessierten Laien schneller einen Gähnreflex aus als Thema »Verwaltungsreform«.

Spätestens dann aber, wenn die Umsetzung von mit großem Orchester angekündigten Reformen in einer überbürokratisierten und von modernen Managementmethoden unberührten Verwaltung stecken bleibt, wird jedem klar, warum das Thema wichtig ist. Die öffentliche Verwaltung ist eines der drei »systemischen Probleme« der Ukraine (neben der allgegenwärtigen Korruption und der unvollendeten Reform der Justiz und der Generalstaatsanwaltschaft). Ohne eine Lösung dieser systemischen Probleme werden alle Reformen in unterschiedlichen Bereichen Stückwerk bleiben.

Strukturen, die auf den Fundamenten der Sowjetzeit aufbauen (übergroßer Kontrollapparat, Unterdrückung jeder Innovation oder Einzelinitiative, bewusste Kompetenzüberlappungen), aber auch eine sich beständig verschlechternde Besoldungssituation und ein deutlich sinkendes Sozialprestige des öffentlichen Dienstes führten in den letzten Jahren zu einem Exodus der Leistungsträger aus der Verwaltung. Die absurd niedrige Besoldung bedeutete gleichzeitig auch einen Mangel an qualifiziertem, motiviertem Nachwuchs. Nach der Revolution der Würde eingesetzte reformorientierte Minister konnten es auch Monate danach noch nicht fassen, dass in ihrem gesamten Ministerium niemand in der Lage war, ein Projekt zu managen oder realistische Planungsdokumente (unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen) zu erstellen – gleichzeitig aber durch den Minister täglich bis zu 800 Unterschriften für zu einem großen Teil völlig nachrangige Vorgänge zu leisten waren.

Eine Verwaltungsreform ist bereits seit der Staatsneugründung dringend erforderlich. Welche Schritte wurden vor dem Maidan unternommen? Kurzantwort: Außer vielen Absichtserklärungen so gut wie keine. Kosmetische Reförmchen, die von wirtschaftlichen oder politischen Partikularinteressen geprägt wurden und/oder westliche Geber ruhigstellen sollten, brachten keine strukturelle Veränderung. Aber auch nach dem Maidan dauerte es, bis sich die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass es dauerhafte Veränderungen ohne eine grundlegende Verwaltungsreform nicht geben wird. Erst mit Premierminister Hrojsman war es möglich, mit tatkräftiger Hilfe der EU im Juni 2016 ein Reformkonzept samt Umsetzungsplan zu verabschieden, das inhaltlich den anerkannten Grundsätzen einer modernen Verwaltung entspricht. Zunächst auf drei Jahre angelegt, sieht das Konzept neben langfristigen strukturellen Änderungen auch einige kurzfristige, nur vorübergehende Maßnahmen vor, die die Verwaltung solange »dopen« sollen, bis die langfristigen Änderungen greifen.

Neue Auswahlverfahren und transparente Besoldung

Als strukturelle Änderung wurde zunächst gegen starken Widerstand ein neues Gesetz über den öffentlichen Dienst verabschiedet. Darin gilt der Grundsatz der rein qualifikationsbezogenen, politisch neutralen Auswahl der Beamten über Auswahlverfahren, wie sie etwa in Deutschland das Auswärtige Amt durchführt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine kommt es nicht darauf an, wen man kennt, sondern was man kann, wenn man Beamtin oder Beamter werden will.

Für Minister und Behördenleiter, die es gewohnt waren, Bekannte und (Partei-)Freunde hauptsächlich nach Loyalitäts- oder Nützlichkeitserwägungen auszuwählen, kommt dies einer Revolution gleich. Einige Teilbereiche der Verwaltung (insbesondere die Strafverfolgungs- und Zollbehörden) sind wegen deutlicher Widerstände immer noch vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen.

Gleichzeitig führt das Gesetz den Grundsatz der transparenten (aber noch nicht ausreichenden …) Besoldung ein. Nach einer Übergangsphase werden die bisher nach obskuren Grundsätzen vergebenen, Abhängigkeiten schaffenden Zuschläge auf 30 Prozent der Grundbesoldung gedeckelt und dafür die Grundbesoldung deutlich erhöht.

Ein erster Lackmustest für das neue Gesetz war im Sommer/Herbst 2017 die Auswahl der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die die Leitung der Ministerien nachhaltig professionalisieren sollen. Die Transparenz dieser ersten Verfahren ließ noch zu wünschen übrig und wurde von der Zivilgesellschaft deutlich kritisiert.

Die seither – mit Beteiligung der Zivilgesellschaft – durchgeführten Auswahlverfahren für alle anderen Beamten zeigen aber eine deutliche Qualitätssteigerung, was für die Zukunft hoffen lässt. Dabei gibt es auch eine echte Innovation: Eine begrenzte Anzahl »Reformposten« – das heißt neu oder durch Umstrukturierung geschaffene Stellen, die für die Umsetzung der Reformen unabdingbar sind – wird schon jetzt marktgerech-

1 Dieser Artikel spiegelt ausschließlich die persönliche Meinung des Verfassers wider, nicht die seines Arbeitgebers.

ter bezahlt. Dies führt zwar vorübergehend zu einem Gefälle in Bezug auf die Besoldung der Beamten, die keine Reformposten besetzen, erlaubt es aber trotz der angespannten Haushaltslage, »frisches Blut« und neue Leistungsträger in die Verwaltung zu bringen. Obwohl punktuelle Kritik wegen Verdachts auf Manipulation der Auswahlverfahren in Einzelfällen nicht ausblieb, kann diese durchaus umstrittene Initiative schon heute vorsichtig als Erfolg bezeichnet werden. Bislang weniger erfolgreich verläuft allerdings die Umsetzung des ursprünglichen Plans, mittelfristig die Besoldung aller Beamter durch weitgehend natürlichen Stellenabbau und Verteilung der eingesparten Besoldungsmittel auf höherem Niveau anzugleichen – die Parkinson'schen Gesetze zum Bürokratiewachstum gelten eben leider universell und deshalb auch in der Ukraine. Der Grundsatz der langfristigen und nachhaltigen Haushaltsplanung, der für eine echte Besoldungsreform unabdingbar ist, verankert sich ebenfalls erst allmählich.

Modernisierung der Ministerien und Erleichterung des Behördenalltags

Neben diesem Paradigmenwechsel bei der Einstellung und den Arbeits- und Besoldungsbedingungen wird mit gern angenommener Hilfe von Experten aus EU-Mitgliedsländern die überfällige Modernisierung und Anpassung der Organisationsstruktur und Verwaltungsabläufe in zehn Ministerien und Oberbehörden als Pilotprojekt vorangetrieben. Hier stehen sich übergangsweise oft noch Alt und Neu gegenüber – nach wie vor gibt es zum Beispiel nach dem alten System politisch ernannte Stellvertretende Minister, gleichzeitig aber schon nach dem neuen System verbeamtete (und entpolitisierte) Staatssekretäre, die auch bei einem Regierungswechsel im Amt bleiben werden und deshalb für Kontinuität sorgen.

Daneben werden den Ministern hochqualifizierte Teams von Reformberatern, die unter anderem mit EU-Geldern finanziert werden, zur Verfügung gestellt (meistens junge Ukrainerinnen und Ukrainer mit hochwertiger, oft westlicher Ausbildung), die ebenfalls transparent ausgewählt werden, aber keine Beamten sind, weil ihre Tätigkeit nur vorübergehender Natur ist. Die Reformberater helfen der politischen Führung bei der Konzeption und dem Anschub der Umsetzung der Reformen. Ihre Tätigkeit endet spätestens dann, wenn die Ministerien ausreichende Kompetenzen im regulären Beamtenapparat aufgebaut haben. Dabei ist die Hoffnung, dass einige dieser Berater auch an Auswahlverfahren für höherrangige Beamtenposten teilnehmen werden und so dem öffentlichen Dienst langfristig erhalten bleiben.

Die genannten Neuerungen, getragen von einem klaren politischen Willen der derzeitigen Regierung, sind durchaus sichtbar und haben bereits zu einer spürbaren Qualitätsverbesserung der Verwaltung auf zentraler Ebene geführt. Doch erst Erleichterungen im Behördenalltag werden auch die Bürgerinnen und Bürgern die Verwaltungsreform positiv erleben lassen. Ein weiterer Schwerpunkt ist deshalb die Vereinfachung und Digitalisierung der Ausstellung der für sogenannte »Lebensereignisse« erforderlichen Dokumente (Geburts-, Hochzeits- und Sterbeurkunden, Führerscheine, Ausweisdokumente etc.). Die Ausstellung soll online und/oder in sogenannten Verwaltungszentren möglich sein, die im Rahmen der ebenfalls EU-unterstützten Dezentralisierungsreform aufgebaut werden und die Verwaltung näher an die Bürger heranbringen sollen. Gleichzeitig werden alle Verfahren gestrafft und transparenter gestaltet, um die Möglichkeit des endemischen »Handaufhaltens« zu verringern.

Ausblick

Nächstes großes Etappenziel ist die Einführung eines Verwaltungsverfahrensgesetzes, das die bislang völlig unterschiedlichen Verwaltungsverfahren vereinheitlichen soll und die Planungssicherheit auch für die Wirtschaft erhöhen wird. Hinter diesem sperrigen Titel verbergen sich zunächst eine einheitliche Definition des sogenannten »Verwaltungsakts« sowie die Einführung einer Begründungspflicht und eines außergerichtlichen Rechtsbehelfs bzw. »Widerspruchsverfahrens«. Eigentlich geht es dabei darum, das Verhältnis zwischen Bürgern und der Verwaltung umzugestalten: von einem Verhältnis zwischen Bittsteller und Obrigkeit hin zu einem von Partnerschaftlichkeit und Serviceorientierung geprägten Umgang der Verwaltung mit ihren Bürgern.

Der politische Wille dazu ist auch in diesem Bereich an der Spitze des Staates eindeutig vorhanden. Der Widerstand im Beamtenapparat und auch in der Werchowna Rada ist aber noch groß. Insbesondere die starke Baulobby im Parlament sieht transparentes, klaren Regeln folgendes Verwaltungshandeln mit Argwohn – eine Verwaltung, in der sich alles über Beziehungen, Abhängigkeiten und letztlich mit Geld regeln lässt, ist eben bequemer. Sich für das Handeln der Verwaltung in Zukunft verantworten zu müssen, gilt deshalb auch einigen als Zumutung … Außerdem gibt es auch zumindest zurzeit nicht völlig von der Hand zu weisende Bedenken, ob Behörden und Verwaltungsgerichte personell und kulturell für diese grundlegenden Neuerungen bereits gerüstet sind. Eben hier zeigt sich, welche gigantischen Anstrengungen noch erforderlich sein werden und wie sehr die systemischen Reformen miteinander verwoben sind – ohne echte Justizreform keine vollständige Verwaltungsreform, ohne Verwal-

tungsreform keine größere Transparenz, ohne größere Transparenz aber auch kein Abbau der Korruption in der Verwaltung. All dies sinnvoll und vor allem irreversibel miteinander zu verzahnen, wird neben der Überwindung der starken Partikularinteressen der Superreichen im Lande die größte Herausforderung der nächsten Jahre bleiben. Die EU wird auch weiterhin der Ukraine mit großem Einsatz helfen, diese Herausforderung zu meistern.

Über den Autor:
Dr. Frank Paul arbeitet für die Unterstützungsgruppe Ukraine der Europäischen Kommission in Brüssel.

Lesetipps:
- Anna Kyslytska: European Insights into Public Administration Reform in Ukraine. Ukraineworld, <http://ukraineworld.org/2018/04/european-insights-into-public-administration-reform-in-ukraine/>
- Volodymyr Groysman: The focus of the civil service reform is to bring in government new people having capability to implement change and serve the country. Government portal 16.11.2017, <http://old.kmu.gov.ua/kmu/control/en/publish/article?art_id=250429822&cat_id=244314971>

DOKUMENTATION

Auszüge aus dem Gesetz der Ukraine zur öffentlichen Verwaltung (verabschiedet 2016)

LAW OF UKRAINE

On Civil Service
This Law defines principles, legal and organizational framework for ensuring public, professional, politically neutral, efficient, citizen-focused civil service that functions in the interests of the state and the society, and procedure for Ukrainian citizens to exercise their right to equal access to civil service based on their merits and personal qualities.

SECTION I. GENERAL PROVISIONS

Article 1. Civil Service and Civil Servant
1. Civil service is public, professional and politically neutral activity related to practical implementation of tasks and functions of the state, in particular, in relation to the following:
1) analysis of the state policy at the national, sectoral and regional levels and preparation of proposals for its formation, including the development and expert assessment of draft programs, concepts, strategies, draft laws and other regulatory acts, as well as draft international treaties;
2) ensuring the implementation of the state policy, execution of national, sectoral and regional programs, execution of laws and other regulatory acts;
3) ensuring the provision of affordable and quality administrative services;
4) state supervision/monitoring of compliance with legislation;
5) management of public financial resources and property, control over utilization thereof;
6) HR management of government agencies.
7) implementation of other authorities of government agencies as defined by the legislation.
2. Civil servant is a citizen of Ukraine who holds a civil service position in a government agency or state authority, their apparatus (secretariat) (hereinafter referred to as the government agency), receives salary from the state budget, and executes the authorities directly related to implementation of tasks and performance of functions of such government agency, and adheres to the civil service principles.

[…]

Article 4. Basic Principles of Civil Service

1. Civil service shall be performed in compliance if the following principles:

1) rule of law—ensuring the priority of human and civil rights and freedoms according to the Constitution of Ukraine determining the subject matter and direction of the activity of the civil servant during performance of the tasks and functions of the state;

2) legality—obligation of the civil servant to act solely on the basis of, within the authorities and in the manner provided for by the Constitution and the laws of Ukraine;

3) professionalism—high level of knowledge of the basics of the profession of the civil servant, competent, objective and impartial performance of professional duties, ongoing improvement of professional competence by the civil servant, fluent command of the state language and, if necessary, a regional language or national minority language defined according to the law;

4) patriotism—loyalty and faithful service to the Ukrainian people;

5) integrity—the civil servants' commitment to protect the public interests and his/her rejection of prevalence of private interest while exercising powers granted to him/her;

6) efficiency—reasonable and effective use of resources for achieving state policy objectives;

7) ensuring equal access to civil service—prohibition of all forms and manifestations of discrimination, absence of unreasonable restrictions or granting unjustified advantage to certain categories of citizens when they apply for civil service positions and perform civil service;

8) political impartiality—preventing the impact of political views on the actions and decisions of the civil servant, as well as refraining from demonstration of own attitude to political parties and own political views while performing professional duties;

9) transparency—free access to information about the activity of the civil servant, except in cases defined by the Constitution and laws of Ukraine;

10) stability—appointment of civil servants for non-fixed terms, except in cases defined by the law, non-dependence of the civil service staff composition upon changes in political leadership of the state and government agencies.

[…]

SECTION IV. ENTRY INTO CIVIL SERVICE

Chapter 1. General Conditions for Entry into the Civil Service

Article 19. Right to the Civil Service

1. The citizens of Ukraine, who have come of age, are fluent in the national language and assigned the level of higher education not lower than:

1) for the positions of category "A" and "B"—Master's Degree;

2) for the positions of category "C"—Bachelor's Degree, Junior Bachelor's Degree, have the right to civil service.

2. The following persons cannot enter into civil service:

1) persons who have reached the age of sixty five;

2) persons declared incapable or of limited capability in the manner prescribed by law;

3) persons who have a record of conviction for an intentional crime, if it has not been removed from official records or expunged in accordance with the law;

4) persons who are disbarred by the court ruling from engaging in activities related to performance of the state functions or from holding the respective positions;

5) persons who were imposed an administrative penalty for corruption or corruption-related offence—during three years since respective decision entered into force;

6) persons who are citizens of other states;

7) have not passed special check and have not given consent to such check;

8) is subject to the ban stipulated by the Law of Ukraine "On Cleansing of Power".

3. During implementation of citizens' right to the civil service, no forms of discrimination defined by the legislation shall be allowed.

[…]

Chapter 2. Procedure for Competitive Recruitment to Civil Service Vacancies
Article 22. Competitive Recruitment to Civil Service Vacancies

1. A competition for filling in a vacant civil service position (hereinafter referred to as the Competition) shall be held for the purpose of recruitment of persons capable of professional performance of professional duties according to the Procedure for Competitive Recruitment to civil service vacancies (hereinafter referred to as the Competitive Recruitment Procedure) approved by the Cabinet of Ministers of Ukraine.

2. Competitive recruitment shall be based on professional level, personal qualities and merits of candidates seeking appointment to civil service vacancies.

Special characteristics of competition to recruit to civil servants in judiciary bodies shall be defined by the law.

3. The Competitive Recruitment Procedure shall define:

1) conditions of conducting the competition;

2) requirements regarding the disclosure of information on vacant position of civil service and announcement of holding competition;

3) composition, formation procedure and powers of competition commission;

4) procedure for submitting and considering documents for participation in the competition;

5) procedure for testing, interviewing and other methods of assessment of the candidates for filling in the civil service positions;

6) methods of assessing the candidates for filling vacant civil service positions.

4. A closed selection on a competitive basis may be conducted for the positions related to state secret, mobilization preparation, defence and national security.

The list of such positions and peculiarities of conducting competition to given positions shall be determined by the Cabinet of Ministers of Ukraine in the Procedure for conducting competition.

5. Upon reorganization (merger, accession, division, transformation) or liquidation of the government agency, the civil servant shall be transferred to the equivalent or lower position in the government agency (by civil servant's consent) to which the authorities and functions of such body are assigned, without any mandatory competition.

6. During transfer or delegation of powers and functions of the government agency to the body of local self-government, the transition of civil servant to the position in the bodies of local self-government shall be carried out without compulsory competition, subject to availability of his/her professional competence requirements to the respective qualification requirements for such position and compliance with the conditions of entry into service for the first time following the results of the competition.

[…]

Quelle: Center for Adaptation of the Civil Service to the Standards of the European Union, <http://www.center.gov.ua/en/home/item/download/545_0821b8518898627786a8e9e7f5036425>

DOKUMENTATION

Neue Hoffnung für Friedensprozess in der Ostukraine?

Wiederaufnahme der Verhandlungen im »Normandie-Format«

Zum ersten Mal seit Februar 2017 fanden am 11. Juni 2018 im sogenannten Normandie-Format Gespräche über den bewaffneten Konflikt in der Ostukraine statt. Das Treffen der Außenminister der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs fand in Berlin statt. Hier eine Einschätzung des Auswärtigen Amtes:

Auswärtiges Amt:
Ukraine-Konflikt: Fortschritte nach Verhandlungen in Berlin

12.06.2018

Die Konfliktparteien haben sich auf Maßnahmen verständigt, um den Konflikt zu entschärfen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Nach den Verhandlungen im sogenannten »Normandie-Format« in Berlin haben sich Russland und die Ukraine auf Schritte zur Deeskalation des Konflikts geeinigt. Außenminister Maas hatte seine Amtskollegen aus Russland, der Ukraine und Frankreich am Montag (11.06.) nach Berlin eingeladen, um mit einer neuen Gesprächsrunde Bewegung in den Friedensprozess zu bringen. Die Verhandlungsrunde brachte zum ersten Mal nach 16 Monaten wieder die Außenminister aus der Ukraine und Russland an einen Tisch.

Bekenntnis zur Waffenruhe

Alle Seiten bekannten sich nach dem Treffen zu einer anhalten Waffenruhe und einem Abzug schwerer Waffen aus dem Konfliktgebiet. Überlebenswichtige zivile Infrastruktur wie die Wasserfiltrierstation von Donezk soll besser geschützt werden. Zudem wurden Gespräche über die Einrichtung einer Friedensmission der Vereinten Nationen vereinbart.

»Wir sind es den Menschen schuldig«

Erst in der vergangenen Woche war Maas in das Konfliktgebiet in der Ostukraine gereist. Seit Jahren leiden dort Zivilisten unter den anhaltenden Gefechten. »Wir sind es den Menschen schuldig, den Friedensprozess mit ganzer Kraft voranzutreiben«, sagte Maas bei seinem Besuch in der Konfliktzone. Mehr als 10.000 Menschen wurden seit dem Ausbruch der Gefechte in der Ostukraine getötet. Millionen Menschen leben in Ruinen. Schulen und Krankenhäuser sind zerstört.

Deutschland unterstützt im Konfliktgebiet die unabhängigen Beobachter der OSZE. Sie überwachen, ob sich die Konfliktparteien an das Minsker Abkommen halten. Darin hatten sich im Jahr 2014 beide Seiten unter anderem zu einem Waffenstillstand verpflichtet.

Friedensprozess braucht neuen Schub

Für Außenminister Maas ist klar: Der Friedensprozess benötigt einen neuen Schub. »Jetzt kommt es darauf an, dass Zugesagtes eingehalten wird«, sagte Maas nach den Verhandlungen. Um die Not der Menschen in der Ostukraine zu lindern, wird sich Deutschland weiter intensiv mit humanitärer Hilfe im Konfliktgebiet engagieren. Deutschland und Frankreich haben zudem angeboten, sich bei der Minenräumung im Konfliktgebiet mit zusätzlichen Mitteln und Know-how zu beteiligen.

Quelle: Auswärtiges Amt, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ukraine-node/ukraine-verhandlungen-berlin/2106046>

UN-Sicherheitsrat fordert Abzug schwerer Waffen aus der Ostukraine

Condemning Continuous Ceasefire Violations in Eastern Ukraine, Security Council Presidential Statement Expresses Grave Concern about Severe Impact on Civilians

6 June 2018

The Security Council expressed grave concern about the recent deterioration of the security situation in eastern Ukraine and its severe impact on civilians.

In presidential statement S/PRST/2018/12, read out by Vassily A. Nebenzia (Russian Federation), Council president for June, the Security Council condemned continuous ceasefire violations, especially the use of heavy weapons prohibited by the Minsk Agreements, and called for implementation of disengagement commitments and the immediate withdrawal of those weapons, in accordance with those accords.

Expressing full support to the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Special Monitoring Mission, the Council called on all parties to facilitate its work, including safe and secure access throughout Ukraine to fulfil its mandate. It further recalled its full support for the sovereignty, independence and territorial integrity of Ukraine, underlining the need for strict compliance with resolution 2202 (2015), which endorsed the Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, and encouraging all parties to recommit to the peace process. It also reaffirmed its full support for resolution 2166 (2014) on the downing of flight MH17.

The meeting began at 10:16 a.m. and ended at 10:19 a.m.

Presidential Statement

The full text of presidential statement S/PRST/2018/12 reads as follows:

"The Security Council expresses grave concern about the recent deterioration of the security situation in eastern Ukraine and its severe impact on the civilian population.

"The Security Council condemns continuous violations of the ceasefire regime, especially the use of heavy weapons prohibited by the Minsk agreements, responsible for tragic deaths, including among civilians, and calls for the implementation of disengagement commitments and the immediate withdrawal of heavy weapons in accordance with relevant provisions of the Minsk agreements.

"The Security Council welcomes the work of the United Nations agencies in order to address the tragic humanitarian situation in eastern Ukraine and emphasizes the need for scaling up efforts to alleviate suffering of the civilian population affected by the conflict.

"The Security Council expresses its full support to the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Special Monitoring Mission and calls on all the parties to facilitate its work, including safe and secure access throughout Ukraine to fulfil its mandate and guarantee the safety of its staff and protection of its equipment.

"The Security Council recalls its full support for the sovereignty, independence and territorial integrity of Ukraine, underlines the need for strict compliance with resolution 2202 (2015), which endorsed the Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, and encourages all the parties to recommit to the peace process and to implement all the measures agreed in the Normandy format and the Trilateral Contact Group in order to achieve immediate progress in the implementation of the Minsk agreements.

"The Security Council reaffirms its full support for resolution 2166 (2014) on the downing of flight MH17."

Quelle: UNO, <https://www.un.org/press/en/2018/sc13367.doc.htm>

DOKUMENTATION

Oleg Senzow seit dem 14. Mai im Hungerstreik

Memorial Deutschland: Solidaritätsbekundungen in 78 Städten zur Unterstützung von Oleg Sentsov. Verhaftungen von Aktivisten in Russland

8. Juni 2018

Seit Anfang Juni haben in 78 Städten auf der ganzen Welt Solidaritätsaktionen zur Unterstützung Oleg Sentsovs, der sich seit 14. Mai im Hungerstreik befindet, stattgefunden. Die Teilnehmer verlangen Sentsovs Freilassung sowie die aller anderen politischen Häftlinge und fordern von ausländischen Regierungen, die Frage der politischen Häftlinge und Menschenrechte in Russland bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 zum Thema zu machen.

Die Leiterin des Zentrums für bürgerliche Freiheiten Oleksandra Matvejtschuk, eine der Organisatorinnen der Aktionen, berichtet von mehr als 600 Unterstützern bei der Vorbereitung.

Im Rahmen der Aktionen am 1. und 2. Juni kam es in Russland auch zu Verhaftungen. In St. Peterburg wurden zwei Teilnehmer von Einzelkundgebungen festgenommen. Gegen die Aktivisten wurde wegen Verletzung der Regeln zu öffentlichen Veranstaltungen Protokolle aufgenommen. In Moskau nahmen etwa 20 Personen an Mahnwachen teil, sechs weitere führten Mahnwachen am Puschkin Denkmal durch, eine Aktivistin, wurde mit einem Plakat »Oleg Sentsov. 14. Tag des Hungerstreiks« verhaftet und auf die Polizeiwache im Bezirk Tverskoj gebracht. Sie befindet sich mittlerweile wieder auf freiem Fuß und wird angeklagt, eine ungenehmigte öffentliche Veranstaltung durchgeführt zu haben. Verhaftet wurde als Teilnehmer einer Mahnwache auch der Regisseur Michail Mestezkij, der kurze Zeit später ebenfalls wieder freigelassen wurde. Grundlage seiner Verhaftung: der Erlass des Präsidenten, der in Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen einschränkt. Mestezkijs Verhandlung ist für den 21. Juni angesetzt. In Nishni Novgorod wurde ein Demonstrant festgenommen und auf die Polizeiwache gebracht und nach einigen Stunden wieder entlassen, ohne dass ein Protokoll aufgenommen wurde. Er wurde verpflichtet, vor Gericht zu erscheinen.

Der ukrainische Regisseur Oleg Sentsov war 2015 in Rostov am Don zu 20 Jahren Haft verurteilt worden – für die Organisation einer terroristischen Vereinigung und die Vorbereitung von Terroranschlägen. Mit seinem Hungerstreik will Sentsov die Freilassung von 64 ukrainischen politischen Häftlingen erreichen; seine eigene Freilassung fordert er nicht.

Neben russischen Schauspielern, Regisseuren, Schriftstellern, Sportlern und Musikern haben sich auch europäische Kunstschaffende, Politiker und Bürger für die Freilassung Sentsovs eingesetzt. Auch die Botschaft der USA in der Ukraine rief zur Freilassung Oleg Sentsovs und anderer politischer Häftlinge auf, die OSZE richtete ein Schreiben desselben Inhalts an den russischen Außenminister, ebenso fordern die Europäische Filmakademie, die Parlamentarische Versammlung des Europarats sowie das Außenministerium der Vereinigten Staaten Sentsovs Freilassung.

Quelle: Memorial Deutschland, <https://www.memorial.de/index.php/home/7634-solidaritaetsbekundungen-in-78-staedten-zur-unterstuetzung-von-oleg-sentsov-und-verhaftungen-von-aktivisten>

Amnesty International: Public Statement

07 June 2018

Russia must release Ukrainian film director Oleg Sentsov

Amnesty International is calling for the immediate release of Ukrainian film director, Oleg Sentsov. In a note passed through his lawyer, Sentsov declared on 16 May that he, 'a Ukrainian citizen unlawfully convicted by a Russian court and serving [his] sentence in a penal colony in Labytnangi, declare[s] an indefinite hunger strike, as of 14 May 2018.' He says he will end his strike only on the condition that 'all Ukrainian political prisoners' who are currently being held by the Russian Federation are released. Sentsov is serving a 20-year prison sentence following an unfair trial on politically-motivated charges.

Since he began the strike, Oleg Sentsov has been transferred to a separate cell where his health is regularly being monitored by prison medical staff. According to the lawyer, Oleg Sentsov's health is stable and he has no complaints at this point about the penal colony staff's treatment towards him, or the prison conditions. On 31 May, 16 days into the hunger strike, Russian politician, Ksenia Sobchak had a video-call with Oleg Sentsov during which she tried to

convince him to end his hunger strike; he refused. Ksenia Sobchak described the film director as looking 'very bad; he [has] lost weight; his cheeks are funnelled; he looks pale, but is very confident in his decision.' On 4 June, Oleg Sentsov's lawyer reported that Oleg Sentsov has lost 8 kilograms since he went on hunger strike and that prison doctors have warned him that if he continues the strike he would be at grave risk of kidney failure and in that event subject to force feeding.

The film director was sentenced on 25 August 2015 to 20 years imprisonment for allegedly setting up a branch of a 'terrorist group' and organizing 'terrorist acts' in April 2014. He maintains his innocence. He was convicted in a military court in the Russian Federation, following a grossly unfair trial, on politically-motivated charges and his conviction was based on "confessions" obtained under torture.

The Russian authorities should respect and protect Oleg Sentsov's right to freedom of expression and ensure that any and all medical treatment provided to Oleg Sentsov is done in compliance with medical ethics, including the principles of confidentially, autonomy and informed consent, and that no unwanted treatment or force feeding is executed which may amount to torture and other ill-treatment.

Oleg Sentsov's co-defendant, Aleksandr Kolchenkowas also sentenced on 25 August 2015 by a military court in Russia, following a grossly unfair trial, to 10 years in prison for "committing terrorist acts". On 31 May, he went on hunger strike demanding the release of fellow activist, Oleg Sentsov. On 7 June, Kolchenko's lawyer reported that Kolchenko stopped his hunger strike, as a result of feeling too physically weak. Amnesty International continues to call on the authorities to take immediate steps to review Aleksandr Kolchenko's case, overturn his convictions under false or disproportionate terrorism related charges, and either ensure he receives a fair trial before a civilian court, under appropriate charges, or that he is released.

Quelle: Amnesty International, <https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR4685552018ENGLISH.pdf>

DOKUMENTATION

Unabhängiger Mechanismus zur Verhinderung von Folter in Gefahr

Der folgende Beitrag von Halya Coynash wurde am 07.06.2018 zuerst auf der Website der Kharkiv Human Rights Protection Group veröffentlicht (<http://khpg.org/en/index.php?id=1528319340>). Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt der Kharkiv Human Rights Protection Group für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Halya Coynash (The Kharkiv Human Rights Protection Group):
Ukraine's new Human Rights Ombudsman is placing fight against torture in jeopardy
07.06.2018

A vital mechanism for preventing torture and ill-treatment in Ukrainian places of confinement is in danger, with human rights organizations placing the blame with the new, controversially elected, Human Rights Ombudsman Ludmila Denisova. Any mechanism that involves monitoring of prisons and other closed institutions must be independent and enjoy the trust of all parties, and it is this independence that is now being placed in question.

At a press conference on June 6, representatives of the Ukrainian Helsinki Human Rights Union [UHHRU] and other rights organizations spoke of the progress made since 2012 in developing a National Preventive Mechanism against Torture [NPM]. Ukraine had committed itself to develop such a mechanism when it ratified the Optional Protocol to the Convention against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment back in July 2006, yet did nothing for the following six years. It was under the former Ombudsman Valeria Lutkovska in 2012 that a mechanism finally began to emerge for monitoring close on four thousand closed institutions in which around one million Ukrainians are currently living.

Over one thousand closed institutions were visited during the next six years by representatives of the Ombudsman's Office, together with civic volunteers. Their aim was to monitor both the conditions in such institutions, and how the rights of those held there were being observed. There were 163 such civic monitors who visited the closed institutions at their own expense.

The human rights groups warn that civic groups are currently being pushed out of the work of the NPM and visits are taking place without civic monitors. They say that Denisova is ignoring NGOs' attempts to achieve dialogue on such issues.

Yury Belousov, Executive Director of the Expert Centre for Human Rights who formerly headed the Office of the Ombudsman's NPM Department, stresses that it is ultimately people held in places of confinement who will suffer as a result of the new Ombudsman's refusal to work with civil society. The heads of the closed institutions in which they're held will know that civic groups will not be monitoring them. He warns that this is likely to adversely impact upon observance of human rights in the institutions.

Oleksandr Hatulyatulin, from the NGO Ukraine without Torture, reported that for the first time in six years, visits are taking place to institutions in the Odesa Oblast without the involvement of civic monitors. These are the people who have gained considerable experience and understanding of how to detect signs of torture and ill-treatment, and their exclusion must undermine the level of such checks.

UHHRU lawyer Darya Sviridova pointed to the experience of the last four years in occupied territory (Russian-occupied Crimea and the so-called 'Donetsk and Luhansk as proof of how terrible it would be if Ukraine were to lose the mechanisms of control and monitoring developed over recent years.

The human rights groups have formed a coalition aimed at lobbying for an independent NPM and the continuation of unbiased monitoring of places of confinement.

Ludmila Denisova was appointed Human Rights Ombudsman on March 15, 2018. She was at the time an MP and was therefore elected by her parliamentary colleagues through procedure which was in open breach of the Law on the Human Rights Ombudsperson.

Quelle: The Kharkiv Human Rights Protection Group, <http://khpg.org/en/index.php?id=1528319340>

DOKUMENTATION

Inszenierter Mord an Arkadi Babtschenko

Reporter ohne Grenzen: Auf Kosten der Glaubwürdigkeit

31.05.2018

Journalisten dürfen sich nicht zum Instrument von Geheimdienstoperationen machen lassen, warnt Reporter ohne Grenzen (ROG). Die Organisation beklagt, dass Öffentlichkeit und Regierungen mit dem in der ukrainischen Hauptstadt Kiew vorgetäuschten Mord an dem russischen Kriegsreporter Akardi Babtschenko in die Irre geführt wurden.

»Solche Inszenierungen sind ein Stich ins Mark der Glaubwürdigkeit des Journalismus«, sagte ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske. »Es ist unglaubwürdig, dass ein möglicher Mordanschlag nicht anders als durch dessen Vortäuschen verhindert werden kann. Wir fordern von den ukrainischen Behörden umgehend Aufklärung über die Hintergründe des vorgetäuschten Journalistenmordes.«

Babtschenko hatte in den 90er Jahren als Soldat der russischen Armee in Tschetschenien gekämpft, bevor er zu einem renommierten Kriegsreporter wurde. Er arbeitete in Russland unter anderem für die unabhängige Nowaja Gaseta und den Radiosender Echo Moskwy. 2008 berichtete er aus Südossetien über den Krieg zwischen Georgien und Russland.

Im Februar 2017 verließ Babtschenko Russland, nachdem er und seine Familie bedroht worden waren. Er lebte in Tschechien und Israel, bevor er im August 2017 nach Kiew zog. Von dort berichtete er unter anderem über den Krieg in der Ostukraine und arbeitete für den krimtatarischen Fernsehsender ATR.

Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht die Ukraine auf Platz 101 von 180 Staaten.

Quelle: Reporter ohne Grenzen, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/auf-kosten-der-glaubwuerdigkeit/>

CHRONIK

21. Mai – 10. Juni 2018

21.05.2018	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilt, dass das Verbot des Verkaufs von Land das Menschenrecht auf Privateigentum verletzt, und verpflichtet die Ukraine dazu, das Moratorium aufzuheben. Das Verbot wurde bei der Auflösung der Sowjetunion erlassen und dient dem Zweck, eine Konzentration von Land im Besitz weniger zu verhindern und sicherzustellen, dass Ackerland landwirtschaftlich genutzt werde. Im Urteil des EGMR heißt es, diese Ziele könnten auch durch weniger einschränkende Maßnahmen erreicht werden.
21.05.2018	Die Mitarbeiter des Stahlkonzerns ArcelorMittal, die das Werk in Krywyj Rih für vier Tage bestreikt hatten, kehren an ihre Arbeitsplätze zurück. Das Unternehmen teilt mit, man werde sich trotz drastisch verschlechterter Auftragslage bemühen, alle Gehälter pünktlich auszuzahlen.
21.05.2018	Der staatliche Energiekonzern Naftogaz kündigt an, die Gaspreise für industrielle Abnehmer ab dem 01. Juni 2018 um 8,9 Prozent zu erhöhen.
22.05.2018	Das Innenministerium erklärt, in den vergangenen Jahren hätten 35 Fußballvereine in den fünf nationalen Ligen widerrechtlich Spielmanipulationen vorgenommen. Dies sei in einer großangelegten, teils verdeckten Ermittlung nachgewiesen worden. Seit 2015 werden Spielmanipulationen strafrechtlich verfolgt.
22.05.2018	Die »Rating«-Gruppe veröffentlicht die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des International Republican Institute. Zu den drei drängendsten Problemen des Landes zählen 41 Prozent der Befragten den Krieg im Donbass, 40 Prozent die Korruption in staatlichen Organen und 27 Prozent steigende Preise. 25 Prozent nennen die Tarife für kommunale Dienstleistungen, 23 Prozent die Arbeitslosigkeit und 20 Prozent mangelhafte medizinische Versorgung.
22.05.2018	In einer Schule im ostukrainischen Charkiw werden einige Kinder ins Krankenhaus eingewiesen, nachdem in einer Klasse Gas freigesetzt worden war. Nach Angaben der Behörden hatte ein Schüler das Gas freigesetzt, um den Unterricht zu unterbrechen.
23.05.2018	In Belarus wird der ukrainische Journalist Pawlo Scharojko zu acht Jahren Haft verurteilt. Er war im November 2017 festgenommen worden. Die belarussischen Behörden werfen ihm Spionage vor.
24.05.2018	Die niederländische Polizei teilt mit, dass ihr stichfeste Foto- und Videobelege vorlägen, die einen Abschuss des Passagierflugzeugs im Juli 2017 über dem Donbass durch eine BUK-Rakete russischer Herkunft belegen. Die abgefeuerte Rakete stamme von der 53. Luftabwehrbrigade der russischen Streitkräfte, die in der russischen Stadt Kursk stationiert war. Es werde nun untersucht, inwieweit die Brigade selbst aktiv am Abschuss beteiligt war.
24.05.2018	Die Nationalbank belässt den Leitzins bei 17 Prozent, nachdem er im März von 14,5 Prozent auf 17 Prozent angehoben worden war.
25.05.2018	Die niederländische und die australische Regierung veröffentlichen eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie Russland eine Mitschuld am Abschuss des Fluges MH17 im Juli 2014 über dem Donbass zuschreiben. Zuvor hatte die niederländische Polizei erklärt, stichhaltige Beweise dafür zu haben, dass die Passagiermaschine von einer BUK-Rakete abgeschossen wurde, die aus Russland in die Ostukraine transportiert worden war. Möglicherweise werde der Fall nun vor ein internationales Gericht gebracht.
26.05.2018	Der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik Johannes Hahn erklärt, das Verhalten der ukrainischen Staatsbürger, die seit der Abschaffung der Visapflicht in die EU eingereist seien, habe bisher keinerlei Anlass gegeben, die Befreiung von der Visapflicht zurückzunehmen.
28.05.2018	Nach Angaben des ehemaligen Botschafters der Ukraine in den USA und Vizevorstands des Unternehmens IHS Energy ist die Ukraine nach wie vor eines der am wenigsten energieeffizient wirtschaftenden Länder der Welt.
29.05.2018	Der vorsitzende Militärstaatsanwalt Anatolij Matjus legt Statistiken zu Kriminalität im Dienst unter Soldaten der ukrainischen Armee vor. Demnach haben seit 2014 insgesamt etwa 43.000 ukrainische Soldaten etwa 27.000 Straftaten verübt. Den größten Anteil daran haben die unbefugte Aufgabe des Militärdienstes (13.500 Fälle) sowie Desertion (8.500 Fälle). Mit weitem Abstand folgen der Diebstahl von Armeeeigentum (750 Fälle) und Ungehorsam (680 Fälle).
29.05.2018	Der Rat der EU stimmt für die Fortsetzung des Programms zur makroökonomischen Stabilisierung der Ukraine, das zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen Kreditgebern durchgeführt wird. Die Finanzierung hänge allerdings von der Achtung demokratischer Verfahren, des Rechtsstaatsprinzips und der Menschenrechte ab.

29.05.2018	Am Abend verbreitet sich die Nachricht, dass der russische Journalist Arkadi Babtschenko, der für seine regierungskritischen Berichte aus Tschetschenien und aus dem Donbass bekannt ist, in Kiew ermordet worden sei. Babtschenko hatte Russland 2017 verlassen, da es Drohungen gegen ihn und seine Familie gegeben hatte. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin erklärt dazu bei einer Sitzung der Vereinten Nationen, obgleich es für eine Schuldzuweisung zu früh sei, gehöre der politisch motivierte Mord zum Instrumentarium, mit dem Russland die Ukraine destabilisieren wolle. Am Nachmittag des Folgetages tritt Babtschenko unversehrt zusammen mit Mitarbeitern des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU vor die Presse und erklärt, sein Tod sei im Rahmen einer Spezialoperation inszeniert worden, um einen tatsächlich geplanten Anschlag auf ihn zu enthüllen. Nach Angaben des SBU sei der ukrainische Staatsbürger Boris German von russischen Geheimdiensten angeworben und mit dem Mord an Babtschenko beauftragt worden. Dieser habe den Auftrag seinerseits an einen Bekannten weitervermittelt, der den SBU eingeschaltet und mit diesem gemeinsam den Mord inszeniert habe. German sei daraufhin festgenommen worden.
30.05.2018	Das Ministerkabinett stellt die planmäßig vorgesehene Erhöhung der Gaspreise für die Bevölkerung zurück.
30.05.2018	Die NGO Reporter ohne Grenzen verurteilt die Inszenierung des Mordanschlags auf den russischen Journalisten Arkadi Babtschenko durch den ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU. Es sei gefährlich, wenn Staaten mit Fakten spielten, erklärt der Generalsekretär der Organisation Christophe Deloire auf Twitter. Auch die OSZE kritisiert die vorherige Verbreitung von Falschinformationen durch den SBU. Der Staat habe die Aufgabe, den Bürgern korrekte Informationen bereitzustellen.
31.05.2018	Boris German, der der Organisation des Anschlags auf den russischen Journalisten Arkadi Babtschenko beschuldigt wird, erklärt, er selbst arbeite mit ukrainischen Sicherheitsdiensten zusammen. Er habe den Auftrag, Babtschenko zu ermorden, von dem ukrainischen Staatsbürger Wjatscheslaw Piwowarnik erhalten, der nach Germans Angaben als russischer Agent in Kiew arbeitet.
01.06.2018	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung stellt der Stadt Lwiw zusammen mit anderen Gebern einen Langzeitkredit in Höhe von 25 Millionen Euro sowie weitere zehn Millionen Euro ohne Rückzahlungsverpflichtung zur Verfügung, um das in der Stadt seit Jahren herrschende Müllproblem zu bekämpfen. Die Mittel sollen zur Rekultivierung einer Halde und zum Bau einer Anlage zur Müllverarbeitung verwendet werden.
02.06.2018	Der erste stellvertretende Minister für Fragen der vorübergehend besetzten Gebiete und Binnenflüchtlinge erklärt, es würden mehr Personen dauerhaft die im Jahr 2014 von Russland annektierte Krim verlassen als auf sie zurückkehren.
04.06.2018	Der Inlandsgeheimdienst SBU meldet, die vor einigen Wochen festgenommene Abgeordnete Nadeschda Sawtschenko habe einen Lügendetektortest durchlaufen, bei dem sich herausgestellt habe, dass sie tatsächlich einen gewaltsamen Umsturz geplant habe. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft ihr vor, einen Anschlag auf das Parlament vorbereitet zu haben. Sawtschenkos Schwester erklärt, es habe Fehler bei Testverfahren gegeben. So seien beispielsweise die Fragen der Verteidigung nicht zugelassen worden. Sie wirft dem SBU die Verbreitung von Falschinformationen vor.
04.06.2018	Ein Moskauer Gericht verurteilt den ukrainischen Journalisten Roman Suschtschenko wegen Spionage zu zwölf Jahren Lagerhaft.
05.06.2018	Ein Vertreter der OSZE kritisiert die Veröffentlichung einer Liste so genannter »Verräter« durch die Pressesprecherin der Generalstaatsanwaltschaft Larissa Sargan. Diese hatte am 30. Mai 2018 auf ihrer Facebook-Seite eine Liste mit Personen veröffentlicht, die den staatlichen Behörden vorgeworfen hatten, nicht ausreichend für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten zu sorgen.
05.06.2018	Die USA rufen die Ukraine dazu auf, einen Korruptionsgerichtshof (»Antikorruptionsgericht«) einzurichten und damit der Hauptforderung des Internationalen Währungsfonds, des größten Kreditgebers der Ukraine, nachzukommen.
06.06.2018	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman bringt eine Vorlage zur Entlassung von Finanzminister Oleksandr Daniljuk ins Parlament ein. Im Mai 2018 war es zwischen den beiden zu einem offenen Konflikt um die Besetzung von Posten gekommen.
07.06.2018	Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet eine Stellungnahme, in der er die erneute Verschärfung des Konflikts in der Ostukraine sowie die Anwendung der durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen schweren Waffen verurteilt, in der er die Unterstützung der territorialen Einheit der Ukraine betont und in der er beide Seiten dazu aufruft, die Vereinbarungen von Minsk umzusetzen.
07.06.2018	Das Parlament stimmt für die Einrichtung eines Korruptionsgerichtshofes. Präsident Petro Poroschenko, der das Gesetz eingebracht hatte, ist bei der Abstimmung zugegen. Nach Angaben des Parlamentssprechers Andrij Parubij entspricht das Gesetz den Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates. Dies gelte auch für die zuvor umstrittene Zusammensetzung des Rates aus internationalen Experten, der bei der Besetzung des Gerichts ein Vetorecht haben soll. Das Gericht soll innerhalb von zwölf Monaten eingerichtet werden. Später bestätigt der Präsident der Venedig-Kommission Gianni Buquicchio, dass das Gesetz den Empfehlungen der Kommission entspreche.

07.06.2018	Das Parlament stimmt für die entsprechende Vorlage des Ministerpräsidenten Wolodymyr Hrojsman und entlässt damit Finanzminister Oleksandr Daniljuk aus seinem Amt. Seine Stellvertreterin Oxana Markarowa übernimmt das Amt kommissarisch.
07.06.2018	Die Polizei eröffnet ein Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder rechtsradikaler Gruppierungen, die zuvor von Roma in einem Kiewer Park aufgestellte Zelte zerstört hatten. Als die Aktivisten die Zelte mit Hämmern und Beilen attackierten, waren Mitarbeiter des Parks dabei, die Zelte abzubauen. Die Gruppe der Roma hatte das Lager zuvor bereits verlassen. In der Vergangenheit hatte es immer wieder Angriffe rechtsradikaler Gruppierungen auf Roma gegeben.
08.06.2018	Der Internationale Währungsfonds (IWF) kommentiert die Entlassung des Finanzministers Oleksandr Daniljuk vom Vortag. Man hoffe, dass die Ausarbeitung und Umsetzung der Fiskalpolitik auch weiterhin im Finanzministerium erfolge. Daniljuk habe sich in den Verhandlungen mit dem IWF als »unerschütterlicher« Verfechter von Reformen gezeigt. Die kommissarische Finanzministerin Oxana Markarowa nennt unterdessen drei Prioritäten ihrer bevorstehenden Arbeit: die Rückkehr zur mittelfristigen, das heißt dreijährigen, Budgetplanung, die Wahrung der makroökonomischen Stabilität in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank sowie die Unterstützung des Wirtschaftswachstums.
09.06.2018	Präsident Petro Poroschenko telefoniert mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Nach Angaben von Poroschenkos Pressestelle geht es dabei um die aus politischen Gründen in Russland inhaftierten ukrainischen Staatsbürger. Man habe sich darauf geeinigt, dass die Menschenrechtsbeauftragten beider Länder in naher Zukunft die Gefangenen besuchen sollten. Auch habe man über Möglichkeiten eines Gefangenenaustauschs gesprochen.
10.06.2018	Der Chef der Nationalbank Jakiw Smolij erklärt, die nächste Kredittranche des Internationalen Währungsfonds sei für Herbst 2018 zu erwarten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich) und Katharina Hinz
Sprachredaktion und Übersetzungen: Sophie Hellgardt
Chronik: Jan Matti Dollbaum
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:
Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter <www.laender-analysen.de>.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.